PKV-Jahrestagung in Berlin

„Radikale Reform wäre Operation am offenen Herzen“

Erwartungsgemäß stand bei der diesjährigen Jahrestagung des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV) die nach der Bundestagswahl drohende Einführung einer Bürgerversicherung im Mittelpunkt. „Einheits- und Zwangssystem haben sich schon immer zum Schaden der Menschen herausgestellt“, sagte der PKV-Vorsitzende Uwe Laue. Diese Art der Politik werde nur Verlierer erzeugen. „Für die Bürger wäre diese Einheitspolitik eine bittere Pille.“

Das deutsche Gesundheitssystem sei eines der besten und leistungsfähigsten Systeme weltweit, konstatierte der PKV-Vorsitzende. Dies sei nicht zuletzt dem Nebeneinander von privater und gesetzlicher (GKV) Krankenversicherung zu verdanken. Einheitssysteme erzeugten Rationierung, wie Beispiele aus Ländern wie Großbritannien und Schweden zeigten. „Eine Einheitsversicherung führt erst zu einer Zwei-Klassen-Medizin, wie sie heute beklagt wird“, mahnte Laue. In Sachen Versorgungsgerechtigkeit nehme das deutsche Gesundheitssystem heute mit seiner Dualität im europäischen Vergleich jedoch einen Spitzenplatz ein. Zudem sei die PKV ein wichtiger Treiber für die Einführung innovativer Verfahren. Medizinischer Fortschritt werde zu einem großen Teil aus Transferleistungen aus der PKV finanziert. „Radikale Reformen an einem funktionierenden System braucht niemand“, betonte Laue. „Dies wäre wie die Operation am offenen Herzen eines gesunden Patienten.“

Er warnte vor „ideologisch rückwärtsgewandter Politik“ durch die Bürgerversicherung, anstatt die eigentlichen Zukunftsthemen in der Gesundheitspolitik in Angriff zu nehmen, wie die Nutzung der Digitalisierungschancen in Verbindung mit

einem hohen Datenschutz, die Vorbereitung des demografischen Wandels und den damit verbundenen Pflegenotstand sowie die Erhaltung einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Versorgung in einer alternden Gesellschaft. „Auf keine dieser Fragen gibt das Experiment Einheitsversicherung eine Antwort“, kritisierte Laue.

Arbeitgeber und Beamte stehen zur PKV

Auch der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Steffen Kampeter, und der Bundesvorsitzende des Beamtenbundes, Klaus Dauderstädt, setzten sich stark für den Erhalt der PKV ein. „Die Arbeitgeberverbände stehen klar zum dualen System in der Gesundheitsversorgung“, betonte Kampeter und warnte vor steigenden Lohnnebenkosten für besser verdienende Angestellte, wenn die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung falle. „Diese ganze Umverteilungsdebatte ist mehr neidpolitisch als gesundheitspolitisch getrieben“, sagte der BDA-Hauptgeschäftsführer. Beamtenbund-Chef Dauderstädt betonte die wichtige Funktion der PKV für die Beamtenschaft, deren Gesundheitsversorgung zu großen Teilen aus der Beihilfe gespeist werde. Für deren Ergänzung könne es keinen Tarif in der GKV geben. Ohne dieses staatliche Fürsorgeprinzip allerdings werde es schwer für den Staat, dem öffentlichen Dienst Attraktivität zu verleihen und gute Mitarbeiter anwerben zu können.

Gleichheit auf niedrigem Niveau

Ausgesprochen kritisch gegenüber der Bürgerversicherung zeigte sich auch der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery. „Die Einheitsversicherung wechselt Gleichheit auf niedrigem Niveau mit Gerechtigkeit.“ Die Befürworter der Bürgerversicherung hätten allerdings einen ganz erheblichen Sieg errungen, sagte er: „Sie haben den Begriff für sich usurpiert – und dieser ist in der Bevölkerung hochgradig positiv besetzt.“ Und das, obwohl viele gar nicht wüssten, was eigentlich dahinterstecke. Heute gebe es zwei Arten der Krankenversicherung in einem einheitlichen Versorgungssystem, zu dem jeder Zugang habe. Das werde sich mit der Bürgerversicherung radikal ändern, prognostizierte Montgomery, denn der Markt an Zusatzversicherungen und Zusatzleistungen ohne Qualitätskontrolle werde sprunghaft zunehmen. „Die Bürgerversicherung ist der Turbolader der Zwei-Klassen-Medizin“, betonte der BÄK-Präsident.

Sabine Schmitt

© Schmitt